

Gemeinsame Erklärung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Veröffentlichung des Jahresberichts *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023* durch den Bundesverband RIAS

25.6.2024

Der Kampf gegen Antisemitismus ist für alle demokratischen Fraktionen im Bundestag eine gemeinsame Verpflichtung. Angesichts des historischen Höchststandes antisemitischer Vorfälle in Deutschland, die der Bundesverband RIAS in seinem heute veröffentlichten Jahresbericht „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023“ dokumentiert hat, ist diese Verpflichtung wichtiger denn je. Gerade seit dem 7. Oktober, an dem Terroristen der Hamas und anderer Terrororganisationen antisemitische Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung verübten, stiegen antisemitische Vorfälle massiv an.

Wir verurteilen jede Anfeindung gegen Jüdinnen und Juden und setzen uns für ein selbstverständliches, sichtbares und sicheres jüdisches Leben in Deutschland ein.

Simona Koß, MdB (SPD)

„Jüdische Schulen unter Polizeischutz waren schon immer schwer zu ertragen. Die Ausbreitung von Antisemitismus führt dazu, dass Kinder schon in Kita und Grundschule Ausgrenzung erfahren. Ältere meiden bestimmte Orte, ziehen sich zurück oder geben Lehrveranstaltungen auf. Das ist nicht akzeptabel! Der sichere Schul- und Hochschulbesuch für alle muss gewährleistet sein. Dazu gehört auch der Schutz von Lehrkräften. Alle haben ein Recht auf Bildung in einer offenen Lern- und Lehratmosphäre.“

Daniela Ludwig, MdB (CDU/CSU)

„Der 7. Oktober 2023 stellt für Jüdinnen und Juden, auch in Deutschland, eine große Zäsur dar. Es ist unerträglich und nicht hinnehmbar, dass der Hamas-Terrorismus öffentlich bejubelt, Antisemitismus auf sogenannten Demonstrationen propagiert oder das Existenzrecht Israels geleugnet wird. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson und der Schutz jüdischen Lebens in Deutschlands liegt in der Verantwortung des staatlichen Handelns. Die Bundesregierung muss klare Antworten liefern und auch strafrechtliche Konsequenzen müssen auf dem Fuße folgen.“

Marlene Schönberger, MdB (Bündnis 90/Die Grünen)

„Nach dem 7. Oktober haben wir ein katastrophales Maß an Antisemitismus erreicht. Der Jahresbericht vom Bundesverband RIAS zeigt einen unbedingten Handlungsbedarf, gerade wenn wir in den Bereich des Digitalen schauen. Soziale Medien kochen über vor antisemitischem Hass. Jüdinnen*Juden und andere Betroffene von Antisemitismus müssen sich zurückziehen, die Profile auf privat stellen und trotzdem sind die Nachrichteneingänge oft prall gefüllt mit Drohungen und Verachtung. Es ist unbedingt notwendig, dass mit den Möglichkeiten des Digital Services Act die Plattformen in die Pflicht genommen werden, konsequent zu prüfen, zu löschen und zu sperren.“

Linda Teuteberg, MdB (FDP)

„Antisemitismus nimmt sich Platz, er betritt immer aggressiver den öffentlichen Raum. Der RIAS-Jahresbericht belegt erneut das erschreckende Ausmaß antisemitischer Straftaten und Äußerungen. Antisemitismus bedarf bundesweit einer klaren Definition: der internationalen IHRA-Arbeitsdefinition. Das Ausweichen auf Israelkritik als Deckmantel für antisemitische Äußerungen muss enttarnt werden. Wir stehen in Verantwortung für die Sicherheit und Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland und der Welt.“

Petra Pau, MdB (Die Linke)

„Die Sensibilisierung von Justiz und Behörden für antisemitische Straftaten ist dringender denn je. Antisemitische Vorfälle werden oft nicht als solche erkannt – das muss sich ändern. Es ist an der Zeit, eine wissenschaftlich fundierte und bundesweite Schulungsstruktur für Polizei und Justiz zu etablieren. Dieser Aufbau muss Hand in Hand gehen mit einer längst überfälligen Reform der KPMD-PMK-Statistik, denn auch Taten mit antisemitischen Bezügen sollten adäquat abgebildet werden. Darüber hinaus benötigen wir eine präzisere Zuordnung zu den Phänomenbereichen, damit diese Taten nicht in vagen Kategorien verschwinden.“